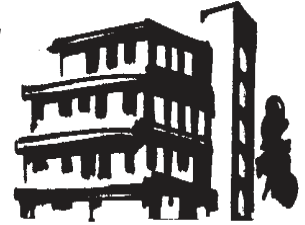


Unser Weg



45. Jahrgang

Nr. 368 - September 2019

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 *Unsre Meinungen:
Klare Ansage zum
Klima*

3 *Mit dem Klimaschutz
ernst machen – auch
in Reinheim*

5 *Senio - wie weiter?
Mehr Fragen als
Antworten*

6 *Dunkle Platte
macht dicht*

Volkshaus – Niedergang eines Reinheimer Wahrzeichens

Die Zukunft des Volkshauses ist ungewiss. Gebäude und Grundstück standen am 19. Juli 2019 zur Zwangsversteigerung beim Amtsgericht in Dieburg. Bedauerlicherweise wollte man seitens der Stadt Reinheim nicht versuchen, das Volkshaus entsprechend einem Antrag der DKP-Fraktion zu erwerben. Der DKP-Antrag erhielt 8 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen – und war somit abgelehnt. Dieses Verhältnis zur Geschichte - insbesondere bei der SPD-GRÜNEN-Koalition - ist höchst bedauerlich. Es spielte nur der aktuelle bauliche Zustand und die Kostenfrage eine Rolle. Von CDU-Seite wurde posi-

tiv angemerkt, dass es hier auch um ein Stück Kultur geht.

In der Tat geht es nicht nur um schöne Jugend-Erinnerungen mit Tanz und Musik.

Dieses Haus hat eine stolze Geschichte. Es **ist** ein Kultur-Gut.

1927 von der Reinheimer und Ueberauer Arbeiterbewegung in Selbsthilfe erbaut, wurde es 1933 von den Nazis enteignet und zweckentfremdet. Nach 1945 wieder rückübertragen, war es über Jahrzehnte ein Versammlungsstätte für kulturelle und politische Veranstaltungen. Die Gaststätte mit Nebenraum diente auch für Familien-Feiern im kleineren und

größeren Umfang.

Die Verantwortlichen des Volkshaus-Vereins sahen Mitte der 1980er Jahre für den Verein selbst keine Zukunft mehr. Doch das Volkshaus sollte erhalten und weiter genutzt werden. Deshalb fanden Verhandlungen statt, um das gesamte Haus einem befreundeten Verein zu übereignen.

Eindeutig wurde in einem notariellen Vertrag formuliert: „Der große Saal muss weiterhin gem. der Tradition des Volkshausvereins Reinheim den Kultur- und Sportvereinen sowie den demokratischen politischen Parteien sowie Gewerkschaften in der Stadt Reinheim mit Ausnahme

Weiter auf Seite 2 unten

In eigener Sache.....

„Unser Weg“ wurde vermisst

Im Mai 2019 erschien die letzte „Unser Weg“. Das hat einige unserer treuen Leserinnen und Leser veranlasst, bei uns nachzufragen, ob die Zeitung nicht mehr gemacht wird?

Aktuell wurden wir beim Neubürgertag öfter angesprochen. Die DKP Zeitung haben manche Menschen richtig vermisst...

Die DKP Reinheim versichert, dass es „Unser Weg“ weiterhin geben wird. Wir werden weiterhin über die Reinheimer Kommunalpolitik, über Vorstellungen und Vorschläge der DKP berichten.

Wenn Sie die jetzige Ausgabe in der Hand haben und die Artikel lesen, werden Sie merken, dass sich viel getan hat. Daran haben wir mitgearbeitet und wir lassen Sie jetzt alle teilhaben.

Wenn Sie Anregungen und Meinungen haben, teilen Sie uns das mit.

Für die „Unser Weg“ Redaktion *Renate Grieger*

Unsere Meinungen zum Klimanotstand

Klare Ansage zum Klima

Eine Resolution ist kein Werk für die Ewigkeit – wichtiger als eine 100-Prozent-Abdeckung aller denkbaren Aspekte ist, dass sie die Situation trifft und von der Öffentlichkeit richtig verstanden werden kann. Einen „Klimanotstand“ zu erklären ist in der aktuellen Situation angebracht – das macht deutlich, dass jetzt mehr passieren muss, als z.B. das Geschacher um Emmissionsrechte, das wir heute erleben.

An dem Text, den Grüne und SPD eingebracht haben, wären evtl. noch weitere Verbesserungen und Ergänzungen möglich gewesen. Bei der ersten Beratung im Ausschuss hatten sich die Teilnehmer



noch darauf verständigt, den Antrag mit einem Änderungsantrag „zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen“. Grüne / SPD waren genau dazu später nicht mehr bereit. Für die DKP ein Grund zur Kritik, aber nicht zur Ablehnung der Resolution – siehe oben.

Klar ist aber auch: wenn es im nächsten Schritt um konkrete Maßnahmen geht, brauchen wir keine Schnellschüsse, sondern eine gründliche Diskussion darüber, was notwendig ist, und was uns voran bringt. Mit einer Rückmeldung „wir wollen unseren Antrag nicht mehr ändern“ werden wir uns dann nicht mehr zufrieden geben. *Friedrich Kammer*

Auf dem **NOTSTAND** will ich nicht herumreiten. Dass es eine gewisse Dramatik gibt, ist ziemlich unbestreitbar. In der Debatte wurden hohe Ziele genannt. Zum Beispiel die „Rettung der Erde für die Menschen“.

Bei Formulierung solch großer Ziele müssten dann aber auch ein paar konsequente Schritte energisch angegangen werden. Da richte ich mich in drei Punkten **an die GRÜNEN**:

* Der **LKW-Durchgangsverkehr** muss raus. Dafür gibt es die Umgehungsstraße (B 38 neu) und weiter über die B 26 auf die B 45. Das in Hessen GRÜN-geführte Verkehrs-Ministerium hat dies bislang verhindert. Nun gibt es den Einwand: Die Abgase bleiben gleich, egal wo die



Brummer fahren. Ja, - aber in den Ortsdurchfahrten sind die dort wohnenden Menschen betroffen.

* Ein klares Bekenntnis zur **Verkehrswende auf die Schiene**. Es geht um die Gersprenzthal-Bahn genau wie um die Verbindung von Groß-Zimmern nach Darmstadt. Das ist sinnvoll, egal welche alten Studien dies bislang verhinderten. Begutachtungs-Kriterien können und müssen geändert werden.

* Schließlich darf man nicht – wie im Bundesrat durch die GRÜNEN ermöglicht – einem Import von dreieckigem **Fracking-Gas aus den USA** zustimmen und zugleich von Klima-Schutz und erneuerbaren Energien reden. Das passt nicht. *Arno Grieger*

Hier geht's weiter

rechtsextremer Parteien (z.B. NPD, Republikaner usw.) zur Nutzung zur Verfügung stehen.“ Ausdrücklich wurde auch ein Veräußerungsverbot in den Vertrag geschrieben. Im § 5 des Übergabe-Vertrages heißt es: „Das vom Volkshausverein, Reinheim übernommene Grundvermögen darf bis zum Jahre 2045 nicht veräußert werden.“ Der „befreundete Verein“ hat sich nicht an den Vertrag gehalten und hat veräußert.

In politischen Gremien wird vielfach angeführt, das Volkshaus sei in einem schlechten Zustand. Hier ist nichts zu beschönigen. Der heutige Zustand ist ein Resultat von Vertragsbruch, privater Aneignung und misslungener Profit-Maximierung. Tatsache ist: Der Versteigerungs-Termin ist gelaufen. Offiziell wissen wir nichts. Es steht aber zu befürchten, dass hier ein weiteres Wahrzeichen, ein Stück Kultur-

Geschichte, Symbol der Arbeiter-Bewegung stirbt. Das ist mit Sicherheit nicht im Sinne des seinerzeitigen Volkshaus-Bau-Vereins, aber auch nicht im Sinne der Vorstands-Verantwortlichen, die das Haus durch Übergabe erhalten wollten. Eine Portion Traurigkeit ist normal – aber auch eine gehörige Wut auf all jene, die das zu verantworten haben.

Arno Grieger

Mit dem Klimaschutz Ernst machen – auch in Reinheim

Auch in Reinheim wurde jetzt der „Klimanotstand“ ausgerufen. Bei der Sitzung der StVV im August stimmte die Mehrheit – auch die DKP-Fraktion – einem entsprechenden Antrag von Grünen/SPD zu. Damit wird im Sinne einer Resolution der „Klimanotstand“ erklärt, und es werden andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland zum Handeln aufgefordert. Entsprechende Anträge gab es auch in anderen Kommunen, auch in unserer Nachbarschaft, und nicht überall wurden sie angenommen.

Der Antrag wurde nach einer ersten Diskussion im Ausschuss noch verändert. Ursprünglich ging er über eine reine Resolution hinaus, und sah vor, dass Anträge an die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich die Auswirkungen auf den Klimaschutz berücksichtigen sollten (durch „Kästchen“, die bei jedem Antrag entsprechende angekreuzt werden). Weiterhin sollten Magistrat und städtische Beteiligungen (ein Beispiel wäre der Abwasserverband) über „Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht erstatten“.

Wie Anträge an die Stadtverordnetenversammlung gehandhabt werden, ist eher eine formale Frage. Man kann sich

fragen, ob als Ergebnis dann viel über den Klimaschutz geredet wird – ohne weitere Auswirkungen. „Heiße Luft“ bringt den Klimaschutz nicht weiter. Dieser Teil des Antrags, und die eher unkonkreten Maßnahmenvorschläge waren dann in einer zweiten geänderten Fassung nicht mehr enthalten.

Klima in Not

Die DKP hatte dazu eine Stellungnahme abgegeben: mit „Klimanotstand“ ist die aktuelle Situation (leider) sehr zutreffend beschrieben. Andere Fraktionen hatten dazu eine andere Meinung und stießen sich an dem Begriff „Notstand“.

Ansonsten stellt sich auch beim Klimaschutz natürlich die Frage: „Was tun?“ – auch und gerade in Reinheim. Dazu stand im ursprünglichen Antrag wenig konkretes. Die DKP schlug deswegen vor: die „Resolution“ zügig beschließen, anstatt das Thema zu zerreden, und danach über konkrete Maßnahmen gründlicher beraten.

Konkrete Maßnahmen enthielt auch ein Änderungsantrag des Reinheimer Kreises – eher ein bunter Strauß von Ideen aus einem Brainstorming. Schön als Material für eine weitere Diskussion, aber nicht reif für eine konkrete Umsetzung.

Ein Thema spätestens seit 2008

Für einen „Beitrag der Stadt Reinheim zum Klimaschutz“ hatte die DKP bereits 2008 einen Antrag gestellt, der damals auch einstimmig angenommen wurde. Beschlossen wurde damals:

1. Die Stadt Reinheim wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und soweit dies mit einem angemessenen Aufwand möglich ist einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie orientiert sich dabei an dem von

der EU beschlossenen Ziel einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 20% bis 2020 (Vergleich gegen 1990)

2. Die Verwaltung wird in diesem Sinne den CO₂-Ausstoß aus dem Verbrauch von Heizöl, Gas und Strom der städtischen Liegenschaften und Einrichtungen ermitteln und darstellen.

3. Die Verwaltung wird dazu ein Facility Management aufbauen, der Stadtverordnetenversammlung einen Maßnahmenplan auf der Grundlage dieser Erhebung vorlegen und in 1/2 Jahresberichten über den Aufbau und die Umsetzung informieren.

Leider war das Thema damals mit dem Beschluss anscheinend erledigt – entsprechende Berichte gab es nicht, und außer der DKP (in einer Anfrage 2010) hat niemand danach gefragt. Wir hätten uns damals mehr Interesse „der anderen“ am Klimaschutz gewünscht.

Nägel mit Köpfen machen

„Konkrete Maßnahmen, den Klimaschutz betreffend, sind durch das Stadtparlament zu beschließen“ steht am Ende des Antrags, der jetzt beschlossen wurde – da können wir nur zustimmen. Unseren Antrag aus 2008 finden wir immer noch gut, aber über 10 Jahre danach würden wir es heute auch besser machen. Damals wie heute war es richtig: 1. zu benennen, wo man tätig werden will, 2. festzustellen, wo wir stehen / wo wir besser werden müssen, 3. entsprechende Ziele festzusetzen, und 4. entsprechende Maßnahmen einzuleiten und dann regelmäßig zu überprüfen, wie man damit voran kommt. In diesem Sinne werden wir uns in der nächsten Zeit weiter mit dem Klimaschutz auseinandersetzen. Gerne auch gemeinsam mit allen anderen, die hier gute Ideen einbringen.

Friedrich Kammer

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre
Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
R. Grieger
IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31

– „Bezahlbare Mietwohnungen“ – die unendliche Geschichte

Das Haus mit den früheren Notunterkünften im Teichweg 17 steht schon seit Jahren leer - im November 2016 wurde durch eine Anfrage des Reinheimer Kreises bekannt, dass das Gebäude damals schon geräumt war.

Erster Versuch: Haushalt für 2018

Die DKP und auch andere Fraktionen sahen hier eine Möglichkeit, durch Neubau bezahlbaren Wohnraum (Mietwohnungen) zu schaffen. Zu den Haushaltsberatungen Ende 2017 brachte die DKP den Antrag ein, das Grundstück in eine Wohnbaugesellschaft einzubringen, die der Landkreis damals aufbauen wollte. Das fand keine Zustimmung - SPD/Grüne beantragten damals, das Grundstück statt dessen „einer Neubebauung zuzuführen und dabei die Vergabe nach Konzeptqualität vorzunehmen“. Sprich: das Grundstück sollte zur Bebauung ausgeschrieben werden, und der Investor sollte nach entsprechenden Kriterien ausgewählt werden.

Der Antrag wurde am Ende einstimmig angenommen, auch von der DKP. Aus Sicht der DKP nicht die optimale Lösung, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Im Juni 2018 - 1/2 Jahr später - fragte die DKP nach dem Stand der Umsetzung. Passiert war nix - der Antrag wurde dann im Bauausschuss auf die Tagesordnung gesetzt, da die Verwaltung der Meinung war, dass er nicht ausreichend klar für eine Umsetzung war. Nach mehreren Runden im Ausschuss zeigte es sich, dass SPD/Grüne selbst nicht mehr hinter ihrem eigenen Antrag standen. Jetzt wurde ein Verkauf des Grundstücks nach „sozialen Kriterien“ ins Gespräch gebracht - im Klartext: Bau von Wohneigentum, mit Bevorzugung von Familien.

Haushalt für 2019: Die nächste Runde

Dann kamen Ende 2018 die Haushaltsberatungen für das nächste Jahr. Die DKP beantragte diesmal, „den Beitritt der Stadt Reinheim zur Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Pfungstadt“. Die Gewo-Bau ist auch an anderen Kommunen im Ostkreis mit dem Bau von Mietwohnungen aktiv, und die Stadt Reinheim ist als Mitglied der Genossenschaft in einer besseren Position, um auch ein Projekt hier vor Ort anzuschieben - das war die Überlegung. Der Antrag der DKP wurde einstimmig, auch von SPD/Grünen, angenommen. Die „Vergabe nach Konzeptqualität“ war damit erst einmal vom Tisch.

Und wieder nix passiert

Im April fragte die DKP wieder einmal nach dem Stand der Dinge. Der Erwerb von Genossenschaftsanteilen sollte ja kein Riesenprojekt sein. Die Antwort des Bürgermeisters: es gab eine Anfrage bei der Gewo-Bau und einer anderen Wohnungsbaugesellschaft, ob Interesse an dem Grundstück besteht. Da das nicht der Fall war, wurden keine Anteile erworben. Das heißt im Klartext: ein einstimmig gefasster Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurde wieder einmal nicht umgesetzt. Der Beschluss im Wortlaut war: „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Beitritt der Stadt Reinheim zur Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Pfungstadt. 2. Zur Zeichnung von 30 Geschäftsanteilen (30 x 160.- = 4.800) werden 5.000.- € im Haushalt bereitgestellt.“ Von irgendwelchen Anfragen und Bedingungen war im beschlossenen Antrag nicht die Rede. Man kann hinterher immer in Frage stellen, ob ein Beschluss richtig war, den man mit getragen hat. Ehrlicher

wäre es gewesen, wenn SPD/Grüne den Antrag gleich abgelehnt hätten. Anstatt Ja zu sagen und Nein zu machen. Wer in Reinheim auf eine bezahlbare Mietwohnung angewiesen ist, dürfte über diesen Ablauf (mindestens) den Kopf schütteln. So schafft man kein Vertrauen in parlamentarische Beschlüsse.

„Vergabe nach Sozialen Kriterien“ – kein Mietendeckel

Seit dem Juni stand dann wieder der Antrag von SPD/Grünen aus 2017 auf der Tagesordnung. Immerhin gab bei den Beratungen dann ein Einverständnis darüber, dass auf jeden Fall Mietwohnungen entstehen, und beim Verkauf des Grundstücks nach „sozialen Kriterien“ entschieden werden soll. Was darunter zu verstehen ist, dazu sollten die Fraktionen ihre Vorstellungen darstellen.

Bis auf Grüne und DKP gehört die Höhe der Miete leider nicht mehr zu den „sozialen Kriterien“. **Meinung der Mehrheit, einschließlich am Ende auch der Grünen war, dass es hier keine Festlegung mehr geben darf.** So wurde bei der Sitzung der StVV im August beschlossen, dass ein barrierefreier Ausbau, und Vergabe der Wohnungen vorrangig an „Familien, Behinderte, Alleinerziehende, Studenten“ erfolgen sollen.

Mit dem Beschluss im August ist die „unendliche Geschichte“ nicht beendet – es bleibt jetzt zu verfolgen, wie er umgesetzt wird, und was am Ende von den „Sozialen Kriterien“ übrig bleiben wird – falls ein Verkauf, und danach eine Bebauung stattfinden. Die DKP hat sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten – damit niemand sagen kann, dass sie einer Bebauung des Grundstücks im Wege stehen will.

Friedrich Kammer

SENIO – wie weiter?

Mehr Fragen als Antworten stehen im Raum: Wie wird es bei SENIO weitergehen?

Für die DKP-Fraktion – wie auch für andere interessierte Beobachterinnen und Beobachter – ist die SENIO - Entwicklung ein ärgerliches Trauerspiel.

Rücktritte von Vorstands-Vorsitzenden waren an der Tagesordnung. Querelen in der Verbandsversammlung – aber keine Ergebnisse. Durch weitere Rücktritte von Vorstands-Mitgliedern ist keine Handlungsfähigkeit mehr gegeben. Im Haus in Groß Bieberau kam die Bau-Misere durch den heruntergekrachten Balkon ans Licht. Dort scheint wohl die Sanierung fortgeschritten/beendet zu sein. Im neuen Haus in Fischbachtal soll es seit langem Leerstände geben. Aber Fragen zu den Leerständen und den Ursachen werden nicht beantwortet – es gab ja keinen arbeitsfähigen Vorstand.

In der letzten Sitzung wurde eine Vorstandswahl versucht. Sie ist gescheitert. Jetzt wurde vom Regierungspräsidium ein „Not-Vorstand“ eingesetzt. An der Spitze steht der Landrat. Er ist umgeben von Bürgermeistern.

Jetzt dürfte die Arbeitsfähigkeit wieder gegeben sein. Vielleicht werden auch Fragen beantwortet.

Auch die von der DKP-Fraktion am 29. Juli 2019 eingereichten Fragen warten auf Antwort.

Die DKP-Fraktion wollte und will wissen:

- „1. Gibt es für die neu errichteten Einrichtungen in Groß Bieberau und Fischbachtal Wartelisten?
2. Gibt es – trotz erfolgter Fertigstellung – in den Einrichtungen Leerstände?
3. Gibt es in Groß Bieberau erneut Einzugs-Verzögerungen aufgrund baulicher Mängel?
4. Trifft es zu, dass möglicherweise auch die unterschiedlich hohen Mietpreise eine Ursache für die Leerstände sind? Wie



hoch sind die Mietpreise für das betreute Wohnen in Reinheim, in Groß Bieberau, in Fischbachtal?“

Nun gibt es von Landkreis-Ebene den Antrag, SENIO aufzulösen und die Aufgaben entsprechend zu verlagern.

Zur Erinnerung: Senio wurde gegründet, weil der „Gersprenz“ die Insolvenz gedroht hätte.

Die Immobilien mussten gerettet werden und allein die Übertragung auf die Senio hat viel Grunderwerbssteuer gekostet.

Hierüber müssen auch die Gemeinden diskutieren und sich eine Meinung bilden. Allerdings sind eine Reihe von Fragen offen, so dass auch bei Beschluss nicht mit einer schnellen Auflösung gerechnet werden kann.

Ob Auflösung oder Weiterbestehen: Das unverantwortliche Agieren der „Verantwortlichen“ geht auch ins Geld. Steuergeld aus dem Landkreis, den SENIO-Mitglieds-Städten und Gemeinden. Und äußerst ärgerlich und demokratiepolitisch völlig unbefriedigend ist die Einfluss-Möglichkeit der Mitglieds-Kommunen geregelt.

Ohne Zweifel wurde mit der Bestellung des Landrats eine Zwischen-Lösung zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit gefunden.

Nötig ist jetzt ein offener Diskussionsprozess. Und auch bei einer eventuellen Auflösung müssen die Mitwirkungs-Rechte der Verbands-Mitglieder bis dahin garantiert werden. Das ärgerliche Trauerspiel darf nicht in eine neue Runde gehen.



DUNKLE PLATTE macht dicht

Die Deponie „Dunkle Platte“ wird zum Jahresende geschlossen. Für viele Menschen war der Standort zwischen Reinheim und Wembach – auf der Höhe der Kompostierungsanlage – eine praktische Einrichtung, und das seit vielen Jahren.

Als Grund wird genannt, dass vom ZAW weniger bezuschusst wird und eine Finanz-Lücke entstanden sei. Betroffen ist neben Reinheim noch Ober-Ramstadt, Groß-Bieberau und Fischbachtal. Für Reinheim wird als Alternative eine privat betriebene Einrichtung in Roßdorf genannt. Der Weg ist weiter. Und wie steht es um die Gebühren?

Interessant zu wissen wäre auch: Wie haben sich die von den Gemeindeparlamenten entsandten örtlichen Vertreter im ZAW hierzu verhalten?



Windelsäcke

Die DKP stellte eine Anfrage zur Ausgabe von Windelsäcken, nachdem es immer wieder zu Irritationen von Bezugsberechtigten und Nachfragen bei Fraktionen bezüglich der Ausgabe von Windelsäcken kam.

Ab welchem Zeitpunkt im Jahr werden Windelsäcke ausgegeben?

Antwort: Die Windelsäcke können nach Bereitstellung der Haushaltsmittel durch die Stadtverordnetenversammlung und vorbehaltlich einer möglicherweise notwendigen Genehmigung durch die Kommunalaufsicht in der Regel Anfang des Jahres ausgegeben werden. Dieses Jahr erfolgte die Ausgabe ab dem 02.01.2019. Da es sich um ein begrenztes Kontingent handelt, ist der Ausgabestopp immer von der Nachfrage abhängig.

Welche Bescheinigungen müssen gegebenenfalls vorgelegt werden?

Für Kleinkinder muss eine Geburtsurkunde bei der ersten Beantragung vorgelegt werden.

Bei inkontinenten Menschen ist ein ärztliches Attest oder eine Bescheinigung des Pflegedienstes jährlich vorzulegen.

Gibt es rechtzeitig öffentliche Bekanntmachungen und Pressemitteilungen und Aushänge mit den Terminen und Bezugsbedingungen?

Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgte seit erstmaliger Bereitstellung im Jahr 2015 bereits zweimal.

Eine zusätzliche Information erscheint auf der städtischen Homepage. (www.reinheim.de)

4.246,58 € Rente – aber pro Tag . . .

Manchmal drückt sich Wahrheit oder Unverschämtheit in nackten Zahlen aus. Daimler-Chef Dieter Zetsche geht in den Ruhestand. Ab 2020 soll er ein Ruhegehalt von mindestens 1,05 Millionen € bekommen. Aber nicht genug damit. Wie jede Führungskraft des Konzerns hat er Anspruch auf einen Kapitalbaustein aus der betrieblichen Altersversorgung. In seinem Fall sind das noch mal 500.000 € jährlich. So kommt er auf insgesamt 1,55 Millionen € jährlich – 4.246,58 € Tag für Tag.

Ein wenig will er aber noch dazu verdienen. Er will als Aufsichtsrat weiter machen.

Anmerkung: Die alte Bonner Bundesrepublik wurde gern mal als „rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet. Was hier aber abgeht, das ist kein „rheinischer Kapitalismus“, das ist hundsgemeiner „schweinisher Kapitalismus“.

Wer den Reichen nichts nimmt,
kann den Armen nichts geben.

DKP

Deutsche Kommunistische Partei



Stellwerkversteigerung: „Die Bahn macht mobil“

hieß mal eine Bahnwerbung. Heute macht die Bahn in Immobilien.

Beim Online Marktplatz für Immobilien der Deutschen Bahn heißt es: „Viele nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigte Empfangsgebäude suchen neue Eigentümer bzw. Ideen, die sie aus dem Dornröschenschlaf wecken.“

Sprichwörtlich getroffen hat das den Verein vom Museumsstellwerk in Reinheim als sie durch Zufall erfuhren, dass das alte Stellwerk am Bahnübergang in Reinheim versteigert werden soll. Und mit dem Stellwerk auch der Bahngarten, das heißt das Stellwerk mit ca. 40 Quadratmetern und der Bahngarten mit gut 1400 Quadratmetern wurden zur Versteigerung für 14.500 Euro angeboten.

Die Stadt Reinheim hatte sich entschlossen bei der Versteigerung mitzubieten, aber den Zuschlag nicht bekommen.

Das gesamte Anwesen gehört jetzt einem Privatmann.

„Alle reden vom Wetter – wir nicht“

war auch mal eine Bahnwerbung. Wenn jemand von der Bahn sich vor Ort einmal umgesehen hätte und in die Zukunft gedacht hätte mit dem Ziel dass Mobilität durch Bus und Bahn in Reinheim weiter ausgebaut werden müsste, dann hätte man bemerken müssen, dass der Bahngarten ganz wichtig ist.

Eventuell um entsprechend dem Spruch „Alle reden vom Wetter“ größere Unterstellmöglichkeiten für Fahrgäste auszubauen.

Mehr Halteplätze für mehr Buszubringer könnten notwendig sein. erinnert sei an die Situationen wie wir sie in Reinheim mit der Parkplatzsituation am Bahnhof

in Reinheim durch Privatisierung schon hatten.

Letztendlich geht es hier um eine unverantwortliche Verschleuderung von Volkseigentum.

Renate Grieger

Über
www.dkp-reinheim.de
 erreichen Sie uns auf



Notwendige Klarstellung

Nach Wahlen mit hohen AfD Ergebnissen kommt zuweilen der Rechts-Links-Vergleich, oder gar eine Gleichsetzung.

Der politische Rechts-Links-Gegensatz hat seinen Ursprung in alter französischer Parlaments-Sitzordnung. Links: Die Klasse, die sich emanzipieren wollte. Rechts: Die Herrschenden.

Professor Abendroth hat 1980 definiert, was heute unter LINKS zu verstehen ist. Seine Ausführungen, was politisch LINKS ist, sind nach wie vor aktuell.

1. Demokratische und soziale Rechte schützen
2. Kriegsgefahr bekämpfen, für Abrüstung und Verständigung eintreten
3. Antifaschist sein – gegen alte und neue Nazis
4. Widerstand gegen Anti-Marxismus und Anti-Kommunismus
5. Sozialen und wirtschaftlichen Besitzstand verteidigen
6. Für politische und soziale Gleichberechtigung der fremdsprachigen Millionenmassen (damals der sogenannten Gastarbeiter, heute der Geflüchteten)
7. Was für den Fall der militärische Verwendung der Kernenergie allen klar war: Auch die im Profit-Interesse stattfindende Bedrohung der Umwelt und den Schutz gegen die Vernichtung in das Denken und Handeln einbeziehen.

Schlecht informierte Menschen oder politisch Dumme behaupten eine Rechts-Links-Gleichsetzung. Das ist letztlich ein Angriff gegen Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten.

Niemals zulassen dürfen wir eine Täter-Opfer-Gleichsetzung oder eine Vermischung. Stattdessen ist Solidarität gefordert.

Aktuell bleibt das **Gedicht von Martin Niemöller**, das bei der Stolperstein-Verlegung in Spachbrücken vorgetragen wurde:

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie die Juden holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“